

# Wirtschaftspolitik



Michael Schlecht, MdB  
Chefvolkswirt Bundestagsfraktion  
www.michael-schlecht-mdb.de  
Juli 2010

**DIE LINKE.**

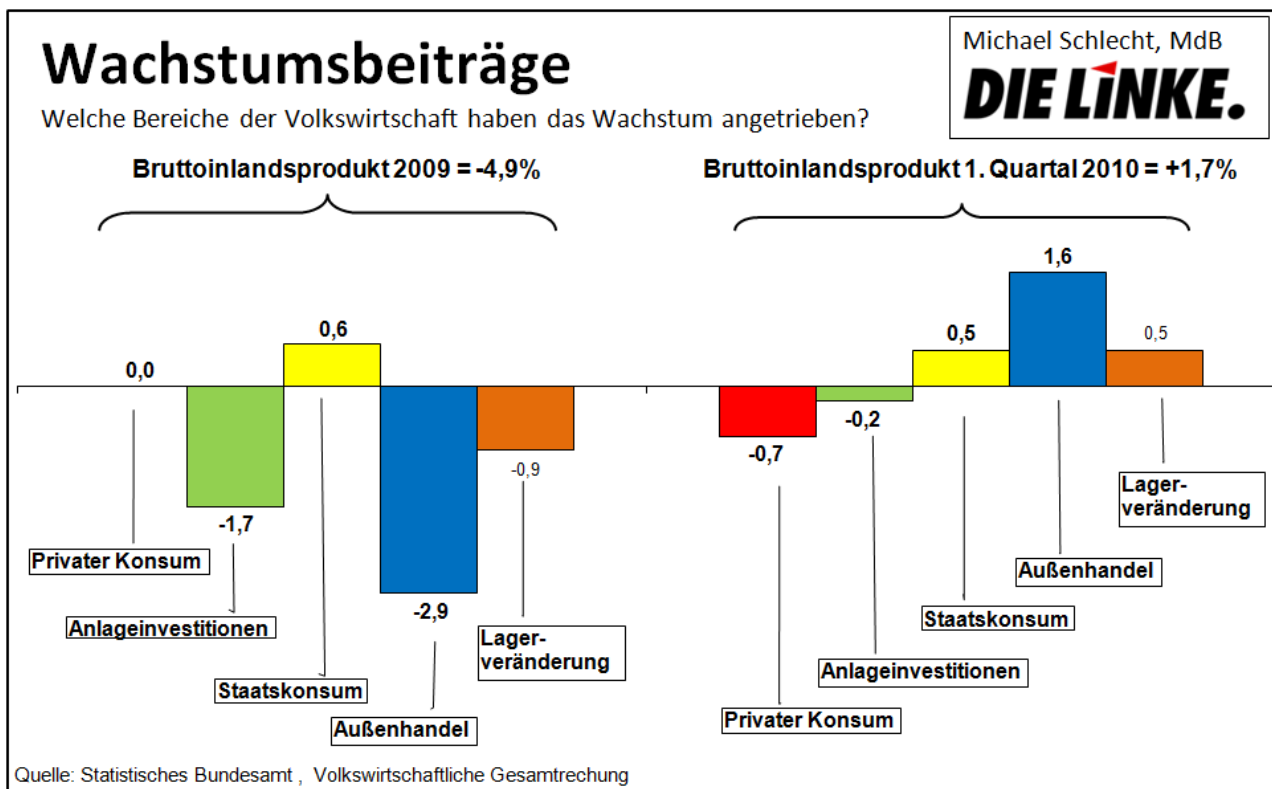
## Kommt jetzt der Aufschwung?

In vielen Betrieben wird wieder in die Hände gespuckt. Vor allem bei den Automobilbauern türmen sich die Aufträge. Daimler, Audi und BMW fahren Sonderschichten. Besonders beim Daimler brummt das Geschäft. Die chinesischen Millionäre sind eben scharf auf die S-Klasse.

Wirtschaftsminister Brüderle verkündet im Bundestag schon mal das Ende der Krise. Und die

Medien überschlagen sich mit Erfolgsmeldungen über die gute Stimmung unter deutschen Managern.

Stehen wir am Beginn eines neuen Aufschwungs? Ist die Einschätzung der Regierung richtig, dass man spätestens zum 1. Januar 2011 aus konjunkturstützenden Maßnahmen aussteigen kann und nun die Haushalte sanieren sollte?



## Konjunktüreinschätzungen

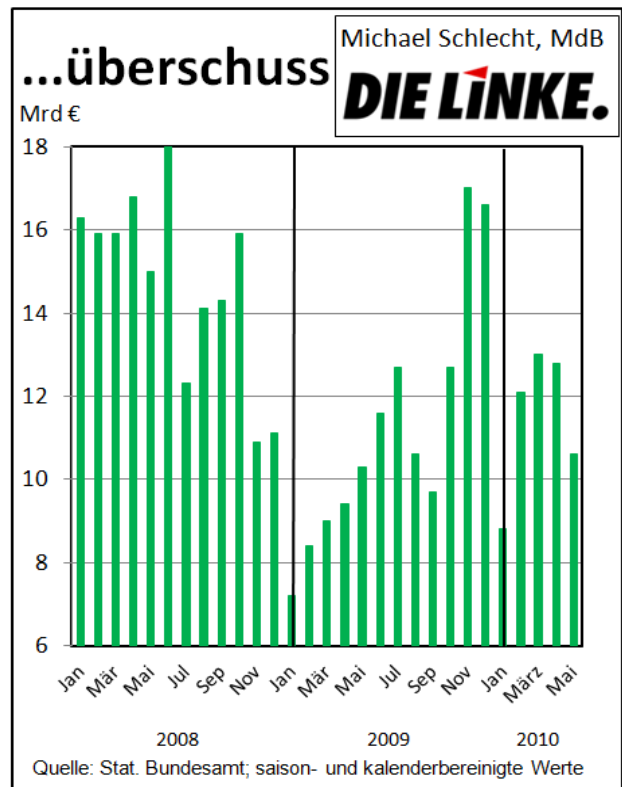
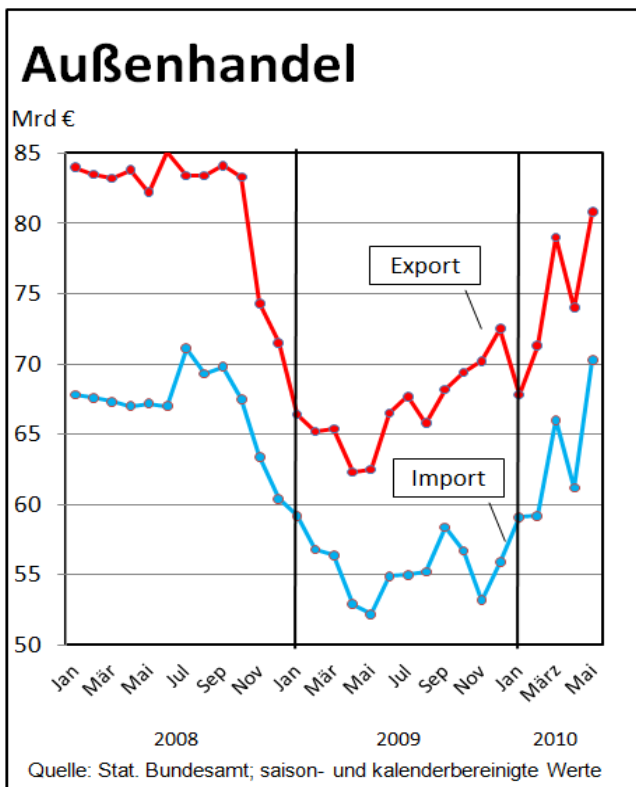
Die verschiedenen Institute haben aufgrund der besseren wirtschaftlichen Entwicklung ihre Prognosen für 2010 nach oben korrigiert: Um etwa zwei Prozent soll die Wirtschaft wachsen. Jedoch sind die Einschätzungen für 2011 deutlich gedämpfter, zum Teil wurden Prognosen nach unten korrigiert: Die Erwartungen pendeln um die 1,5 Prozent.

Es besteht Übereinstimmung: Die weitere Entwicklung ist unsicher und mit Risiken behaftet. Die gegenwärtige Besserung kommt vor allem durch den Export. Der niedrige Euro hilft ebenso wie eine erhöhte Nachfrage aus den USA und eine boomende Wirtschaft in Asien. Kein Wunder, denn diese Länder, vor allem der chinesische Drache haben seit Beginn 2009 mit gigantischen Konjunkturprogrammen ihre Wirtschaft auf Trab gebracht. Die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern, in den USA und China ist mit vielen Unsicherheiten behaftet. Es kommt hinzu, dass alle EU-Staaten massive Sparprogramme aufgelegt haben. Das wird Europa nach unten drücken. Schlecht für Europa, schlecht aber auch für deutsche Exporte. Gesicherte Daten liegen in Deutschland bislang für das erste Quartal 2010 vor. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,7 Prozent im Vergleich

zum Vorjahreszeitraum. Die Verbesserung der Lage geht in erster Linie auf eine deutliche Ausweitung des Außenhandels zurück. Dies brachte allein 1,6 Prozent. Außerdem wirkt noch das – zu schwache – deutsche Konjunkturprogramm; 0,5 Prozent wurden so zusätzlich angeschoben. In gleicher Höhe wirkte der Lageraufbau. Beides – Konjunkturprogramm und Lageraufbau – werden jedoch zum Jahresende auslaufen. Deutliche Steigerungen der Investitionen der Unternehmer, die für einen selbsttragenden Aufschwung charakteristisch sind, gibt es bislang nicht. Im Gegenteil. Besonders schlecht entwickelte sich der private Konsum. Er hat im ersten Quartal das Wachstum mit minus 0,7 Prozent ausgebremst.

## Rückkehr des Exportchampions?

Das Wachstum der deutschen Exporte hat wieder deutlich an Fahrt aufgenommen. Der Bundesverband der deutschen Industrie verdoppelte seine Prognose für die Exporte und erwartet ein Plus von acht Prozent in diesem Jahr. Die Auftragseingänge vor allem im Maschinen- und Fahrzeugbau entwickeln sich positiv. Jedoch ist bislang erst die Hälfte des Absturzes seit 2008 aufgeholt. Vor allem die außereuropäische Auslandsnachfrage befeuert die Produktion. Damit hängt die zukünftige Entwicklung von der



Konjunktur in Asien, vor allem in China und Indien, aber auch in den USA ab.

**Schwacher Euro:** Der Euro verlor seit Oktober letzten Jahres gegenüber dem US-Dollar um knapp 20 Prozent an Wert. Dies hat Waren aus dem Euro-Raum deutlich billiger gemacht. Davon haben die Ausfuhren des Vize-Exportweltmeisters Deutschland besonders profitiert. Ursache der Abwertung waren die Spekulationen gegen die europäischen Südstaaten. Dass sie in Schwierigkeiten gerieten, liegt vor allem an der Verschlechterung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Dies ist wiederum in hohem Maße Folge des deutschen Lohndumpings.

Wenn der Euro wieder aufwertet geht dieser Vorteil schnell verloren. Dies kann schnell geschehen allein schon wenn Devisenzocker nicht mehr auf den Untergang des Euro setzen.

**Konjunkturprogramme des Auslands:** China und Indien hatten in jüngster Zeit ein starkes Wachstum. Sie haben die Wirtschaftskrise dank Kapitalverkehrskontrollen und massiven Konjunkturprogrammen gut überstanden.

Die chinesische Wirtschaft wächst wieder im zweistelligen Bereich. Die deutschen Ausfuhren nach China legten im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres um 19 Prozent zu. Die deutschen Exporte außerhalb des Euro-Raums stiegen um überdurchschnittliche 18 Prozent an, während das Exportwachstum in den Rest

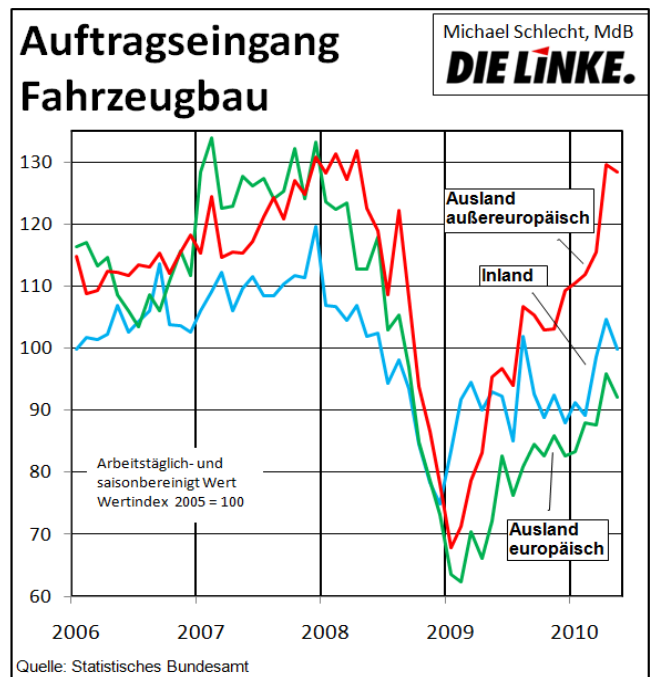
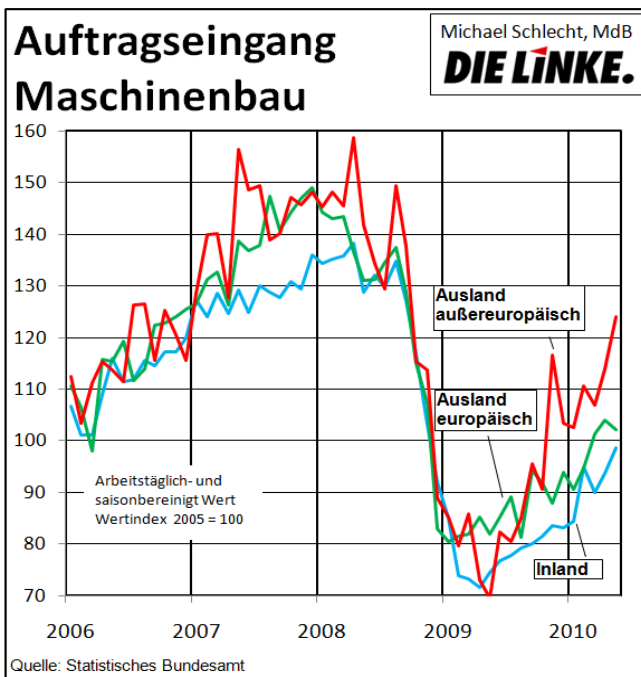
der Euro-Zone nur fünf Prozent ausmachte.

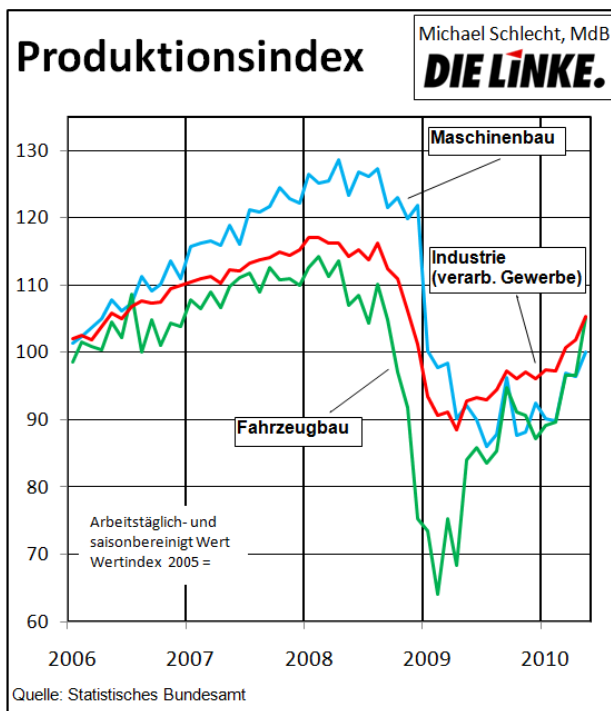
Auch die USA haben trotz der enormen Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte massive Konjunkturprogramme aufgelegt. Der private Konsum hat wegen der staatlichen Impulse und niedriger Zinsen zu Jahresbeginn um 3,6 Prozent zugelegt.

Doch die Gesamtverschuldung der privaten US-Haushalte nimmt erstmals seit dem zweiten Weltkrieg das sechste Quartal in Folge ab. Die Sparquote stieg im April bereits wieder deutlich um 0,5 Prozentpunkte des verfügbaren Einkommens auf 3,6 Prozent an. Damit wird auch die Exportnachfrage für deutsche Waren und Dienstleistungen abnehmen.

Wie in Deutschland laufen die Konjunkturprogramme des Auslands zudem in nächster Zeit aus. Die Schwellenländer sind auf Exportüberschüsse angewiesen, um Euro und Dollar zu bekommen, mit denen sie wichtige Technologien aus den Industrieländern einkaufen. Sie sind daher nicht bereit, die Weltwirtschaft, wie die USA, dauerhaft auf Pump anzuschieben.

Die USA wollen zwar nicht zu früh auf die Bremse treten. Sie machen ihr weiteres konjunkturpolitisches Engagement aber unter anderem von der Bereitschaft Deutschlands abhängig, einen Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft zu leisten. Bleibt dieser aus, werden die USA spätestens nach den Kon-





gresswahlen im November auf die Bremse treten.

### Konjunkturprogramm läuft aus

Die Bundesregierung legte im internationalen Vergleich nur bescheidene Konjunkturprogramme auf. Sie entsprechen mit etwas über 60 Milliarden Euro in 2009 und 2010 etwa 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 14 Prozent in China, sieben Prozent in den USA und sechs Prozent in Japan.

Die Konjunkturpakete kamen zudem reichlich spät und setzten falsche Schwerpunkte auf Steuersenkungen und Subventionen. Das Konjunkturprogramm II widmete gerade einmal neun Milliarden Euro jährlich den öffentlichen Investitionen. Das sind weniger als 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Dabei hat Deutschland einen deutlichen Rückstand bei den öffentlichen Investitionen aufzuholen. Deutschland investierte im letzten Jahr 1,7 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in die öffentliche Infrastruktur. Der Durchschnitt der EU investiert 2,9 Prozent, in Frankreich sind es 3,3 und in Großbritannien 2,7 Prozent.

Jetzt läuft aber selbst das magere deutsche Konjunkturprogramm zum Jahresende aus.

### Risiko Weltwirtschaft

Der *Internationale Währungsfonds* hat zwar kürzlich die Aussichten der Weltwirtschaft posi-

tiv eingeschätzt. Jedoch zeigen verschiedene Indikatoren ein eher düsteres Bild. So ist der Preisindex für Schifffahrtskosten im Rohstoffhandel seit mehr als einem Monat im freien Fall. Der sogenannte *Baltic Dry Index* ist für die Weltwirtschaft ein wichtiger Indikator, da er die weltweite Nachfrage nach Kohle, Eisenerz etc. misst.

Auch die Entwicklung in China ist unsicher. Es muss mit einer Wachstumsverlangsamung gerechnet werden. Die Regierung wird alles unternehmen, um die sich immer stärker aufblähende Immobilienblase zu kontrollieren. Da vom Immobilienhype besonders die Besserverdienenden profitieren, werden sie ihre Nachfrage, auch die Nachfrage nach deutschen Luxusfahrzeugen verringern.

In den USA deuten verschiedene Indikatoren auf eine wirtschaftliche Verschlechterung hin. Vor allem ist der Aufbau von Arbeitsplätzen bereits wieder beendet. In jedem Fall steht eine nachhaltige Erholung der US-Wirtschaft, die die Weltkonjunktur antreiben könnte, nicht ins Haus.

### Risiko Finanzmarkt

Die wirtschaftliche Erholung ist weiteren Risiken ausgesetzt, insbesondere auf den Finanzmärkten.

*Wir sind im zweiten Akt des Dramas angekommen!*

*US-Investor George Soros, (Handelsblatt, 11. Juni 2010)*

*Bankenkrise:* Auf den Finanzmärkten wird schon wieder vom „Lehman-Faktor“ gesprochen. Die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers brachte die Lawine der Finanzkrise richtig ins Rollen. Die *Europäische Zentralbank* schreibt in ihrem Juni-Monatsbericht, dass am 6. und 7. Mai der Kollaps des europäischen Finanzmarktes drohte. Deswegen habe sie direkt in den Markt eingegriffen und entgegen ihrer bisherigen Praxis Banken Staatsanleihen abgekauft.

Die Banken parken kurzfristig wieder vermehrt Geld bei der *Europäischen Zentralbank*, statt es untereinander auszuleihen – in einzelnen Nächten mehr als 300 Milliarden Euro. Sie

trauen sich wegen der Zweifel über die Bonität einzelner Euro-Staaten bzw. der Qualität ihrer Staatsanleihen nicht mehr über den Weg.

**Gewerbeimmobilien:** Die Wirtschaftskrise hat zu extremen Leerständen bei US-Gewerbeimmobilien geführt. Die Immobilienpreise für Büroflächen sind seit 2007 um 50 Prozent gesunken, mit einer baldigen Erholung rechnet niemand. Banken finanzierten bis zu 90 Prozent der Kaufpreise von Büroflächen mit Krediten, die sie anschließend verpackten und weiterverkauften. Bis 2013 laufen Kredite über 1400 Milliarden US-Dollar in diesem Segment aus. 65 Prozent dieser Kredite droht, Probleme bei der Anschlussfinanzierung zu bekommen, da der Marktwert der Büroflächen mittlerweile weit unter der Kreditsumme liegt. Nach einer Studie der *Deutschen Bank Research* stehen Kredite über 910 Milliarden US-Dollar im Feuer.

„Unternehmen haben ihren Flächenbedarf so weit zurückgeschraubt, dass bereits 17,5 Prozent aller US-Bürogebäude leer stehen.“

*Die Welt*, 3. Februar 2010

Die Ausfallrate bei entsprechenden Darlehen ist von 1,2 Prozent auf sechs Prozent innerhalb eines Jahres gestiegen. Deutsche Banken sind

ebenfalls mit Gewerbekrediten engagiert, darunter Eurohypo, eine Tochter der Commerzbank, Deutsche Bank sowie verschiedene Landesbanken.

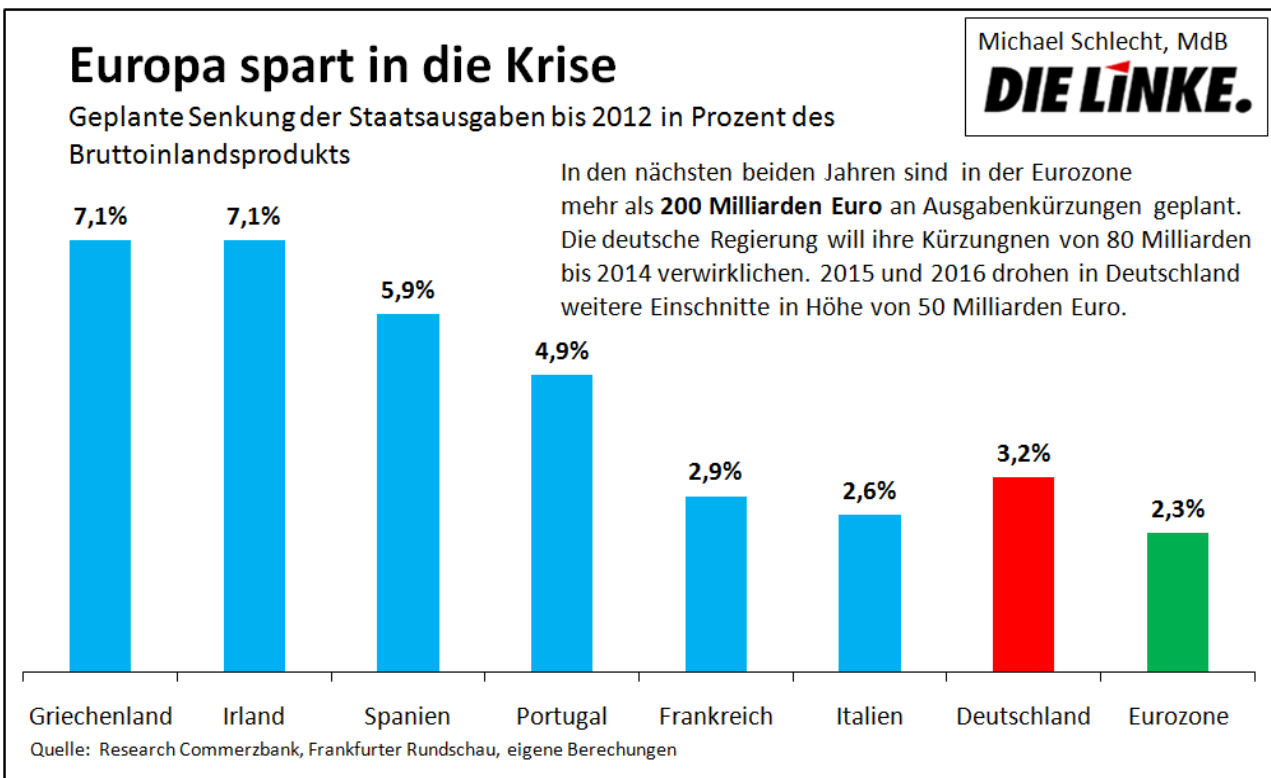
Zudem ist unsicher, ob nicht auch bei den Wohnimmobilien noch ein weitere Preisrutsch droht.

### Europa spart sich in die Krise

Die größte Gefahr für die wirtschaftliche Erholung geht jedoch von der Politik aus. Die EU und die Bundesregierung haben mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren radikale Kürzungsprogramme auf Kosten der Bevölkerung beschlossen.

Der Einbruch des Wachstums, die Bankenrettung sowie die notwendigen Konjunkturpakete haben die Staatsverschuldung in ganz Europa erhöht. Allein in Deutschland gehen fast 100 Milliarden Euro von 180 Milliarden Euro neuer Staatsschulden seit 2008 auf die Bankenrettung zurück. Der Staat hat im annähernd gleichen Umfang Vermögenstitel der Banken erworben. Darunter ist viel Schrott. Ob der Staat das Geld je wieder sieht, steht in den Sternen.

In ganz Europa wird nun gekürzt. Bis 2012 alleine mehr als 200 Milliarden Euro. Vor allem die deutsche Regierung hat dies betrieben.



Merkel ist sogar noch stolz darauf, dass sie der griechischen Regierung ein Programm aufzwingt, das auf Deutschland umgerechnet ein Volumen von 300 Milliarden Euro hätte. Ein Rettungsring aus Blei.

Aber auch die portugiesische, die spanische und die italienische Regierung haben massive Kürzungsprogramme aufgelegt. Selbst die französische Regierung, die sich lange gegen Sparen in der Krise gewehrt hat, knickt mittlerweile ein. Sie plant unter anderem die Heraufsetzung des Rentenalters und die Streichung von 100.000 Stellen im öffentlichen Dienst.

*„Stärkeres Sparen führt zum Spar-Paradoxon: Es vertieft die Rezession und verschlechtert die Schuldenquote.“*

*Nouriel Roubini, Wirtschaftsprofessor, New York (Handelsblatt 15. März 2010)*

Die Kürzungspakete mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren sind nicht nur ein sozialer Skandal sondern katastrophal für Europas Wirtschaft. Wenn alle gleichzeitig kürzen, bricht das der Wirtschaft das Genick. Die Wirtschaft droht abzuschmieren, die Schulden zu explodieren. Die Ratingagentur Fitch hat kürzlich mit dieser Begründung Spaniens Staatsanleihen herabgestuft.

## Deutschland spart sich K.O.

Die Kürzungspakete schaden insbesondere Deutschland. Denn 42 Prozent der deutschen Ausfuhren gehen in die EU. Wenn die EU-Partner den Gürtel enger schnallen, werden sie weniger Waren und Dienstleistungen aus Deutschland importieren.

Doch die Bundesregierung will mehr von der falschen Medizin, auch für Deutschland. Sie hat eines der größten Sparpakete in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aufgelegt. Damit wird die Binnenwirtschaft noch weiter abgewürgt. Als wenn man nichts von der Brünningschen Politik gelernt hat. Genau diese Politik hat nach der Weltwirtschaftskrise 1929 in die Katastrophe geführt.

*„Wenn alle europäischen Länder gleichzeitig damit anfangen, ihre Haushalte zu konsolidieren, brechen für die deutschen Exporteure wichtige Abnehmer weg.“*

*(Financial Times Deutschland, 14. Juni 2010)*

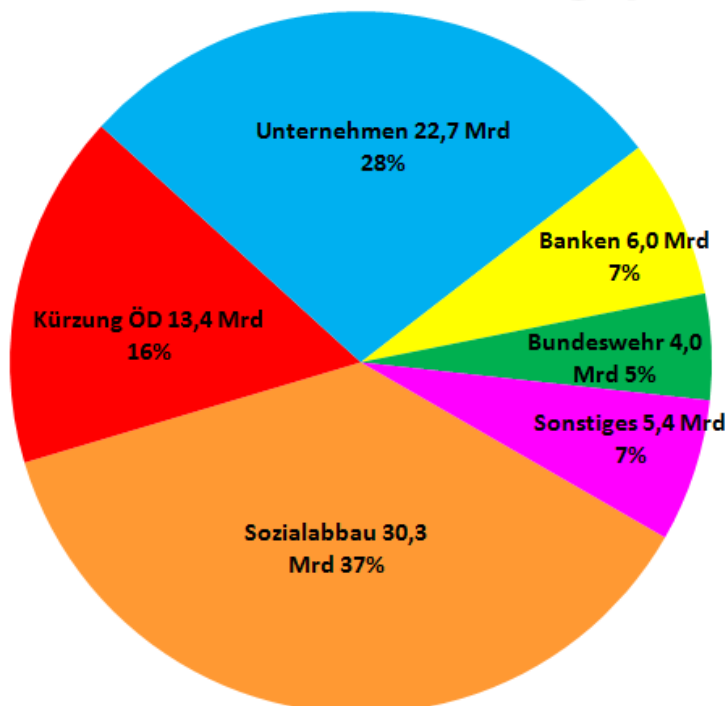
## Die Bevölkerung bezahlt die Krise

Statt die Profiteure und Verursacher der Krise in die Pflicht zu nehmen, wird die Bevölkerung abkassiert. Das Kürzungspaket der Bundesregierung soll die öffentlichen Haushalte bis 2014 um 80 Milliarden Euro herunterfahren.

Merkel will jedoch bis 2016 die Neuverschuldung fast auf null drücken. Wegen der Schuldenbremse. Um dieses Ziel zu erreichen, genügen die geplanten 80 Milliarden nicht. Für die Jahre 2015 und 2016 droht der zweite Teil der Sparorgie mit weiteren 50 Milliarden Euro.

Die Regierung holt sich das Geld bei der Bevölkerung. Sie will allein 30 Milliarden Euro bei den

## 80 Milliarden Kürzungspaket



Sozialausgaben und weitere 13 Milliarden Euro in der öffentlichen Verwaltung wegekürzen.

*Verschlechterungen für Erwerbslose:* Arbeitslose hatten bislang Anspruch auf Weiterbildung, Qualifizierung, Umschulung oder finanzielle Eingliederungshilfen. Die Bundesregierung will daraus nun Ermessensleistungen machen. Einsparvolumen: 16 Milliarden Euro.

Beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV sollen die Zuschläge von 160 Euro im ersten bzw. 80 Euro im zweiten Jahr gestrichen werden. Der Fahrstuhl fährt somit schneller in den Hartz-IV-Keller. Einsparvolumen: 0,8 Milliarden Euro.

*59 Prozent der Bevölkerung lehnen das Sparpaket ab. 83 Prozent empfinden das Paket als sozial ungerecht.*

*ZDF-Politbarometer (18. Juni 2010)*

Den Hartz-IV-Empfängern streicht man das monatliche Elterngeld von 300 Euro. Dabei leben 2,5 Millionen Kinder in Deutschland in Armut. Es handelt sich dabei überwiegend um Kinder von Alleinerziehenden bzw. Hartz-IV-Empfängern. Gutverdiener erhalten weiterhin ein Elterngeld von bis zu 1800 Euro.

*Stellenabbau im öffentlichen Dienst:* Im Durchschnitt der EU werden fast elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für öffentliches Personal ausgegeben. In Deutschland liegt der Anteil bei gerade einmal sieben Prozent. Die USA haben einen höheren Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Dienst als Deutschland. In Frankreich liegt er doppelt so hoch.

Trotzdem will die Bundesregierung 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst abbauen. Der Arbeitsdruck für die Beschäftigten wird zunehmen. Einsparvolumen: Drei Milliarden Euro.

*Atomlobby strahlt:* Die Laufzeiten für Kernkraftwerke sollen verlängert werden, dadurch winken satte Profite. Eine Brennelementesteuer soll diese Gewinne teilweise abschöpfen. Die Bundesregierung verspricht sich davon neun Milliarden Euro bis zum Jahr 2014. Es handelt sich wegen der Verlängerung der Laufzeiten aber nicht um eine Steuererhöhung sondern um eine Subvention der Energiehaie. Notwen-

dig wären der Ausstieg aus der Kernenergie und massive Investitionen in erneuerbare Energien.

*Ein Herz für Banken:* Die Bundesregierung hat ein Herz für Banken. Die Regierung will eine Bankenabgabe, die gerade einmal 1,2 Milliarden Euro jährlich einbringen soll.

*Mit dieser Bankenabgabe darf die nächste Finanzkrise erst wieder in 400 Jahren kommen, sonst zahlt wieder die Bevölkerung.*

Die Bankenabgabe soll in eine Versicherung der Banken gegen zukünftige Finanzkrisen. Die Bundesregierung rechnet also bereits mit neuen Krisen, weil sie die Finanzmärkte nicht regulieren will.

*Finanzsteuer ist ein Witz:* Die Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer unter dem Druck der Öffentlichkeit und der EU-Partner aufgegeben. Kanzlerin Merkel macht die Einführung von einer europäischen Lösung abhängig.

Der Finanzminister hat bereits die möglichen Einnahmen aus dieser Steuer verkündet. Gerade einmal zwei Milliarden Euro jährlich will er einnehmen. Laut *Österreichischem Institut für Wirtschaftsforschung* wären aber mindestens zehn Milliarden möglich. Und in der Spitze bis zu 50 Milliarden Euro.

### **Deutscher Exportjunkie gräbt Schuldenfalle**

Das deutsche Sparpaket verschärft die Euro-Krise. Deutschland hat seit 2000 Exportüberschüsse über 1,4 Billionen Euro angehäuft. Die Exportüberschüsse haben vor allem zwei Ursachen: Deutsche Billiglöhne und Steuerdumping für Unternehmen.

Die Lohnstückkosten, d.h. die Löhne im Verhältnis zur Produktivität, sind eine wichtige Kennziffer für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Von 2000 bis 2009 sind sie im Durchschnitt der Euro-Zone – ohne Deutschland – um 29 Prozent gestiegen, in den Euro-Südländern um 29 bis 34 Prozent. Nur in Deutschland lag der Anstieg gerade einmal bei sieben Prozent!

Das deutsche Lohndumping hat einen Namen: Agenda 2010 mit Befristungen, Lohndumping, Minijobs und Hartz IV. So wurde nicht nur der Sozialstaat mit Füßen getreten, sondern die Unternehmer erhielten auch eine Streitaxt zur Eroberung ausländischer Märkte.

*Deutschland hat in den letzten zehn Jahren „die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, einen sehr hohen Druck auf seine Arbeitskosten ausgeübt. Ich glaube nicht, dass dies ein nachhaltiges Modell für die Eurozone ist.“*

*Christine Lagarde, Finanzministerin Frankreichs (Financial Times, 14. März 2010)*

Die Billiglohnstrategie ist aber nicht nur schlecht für Europa, sondern auch eine Katastrophe für Deutschland. Denn bei schlechter Lohnentwicklung setzen Unternehmen ihre zusätzlichen Waren und Dienstleistungen im Inland auch immer schlechter ab. In einer großen Volkswirtschaft wie Deutschland produzieren die Beschäftigten zwei Drittel ihrer Arbeitszeit für die Binnenwirtschaft. Billiglöhne schaden daher dem Wachstum: Seit 1999 wuchs die Eurozone im Jahresdurchschnitt um 1,4

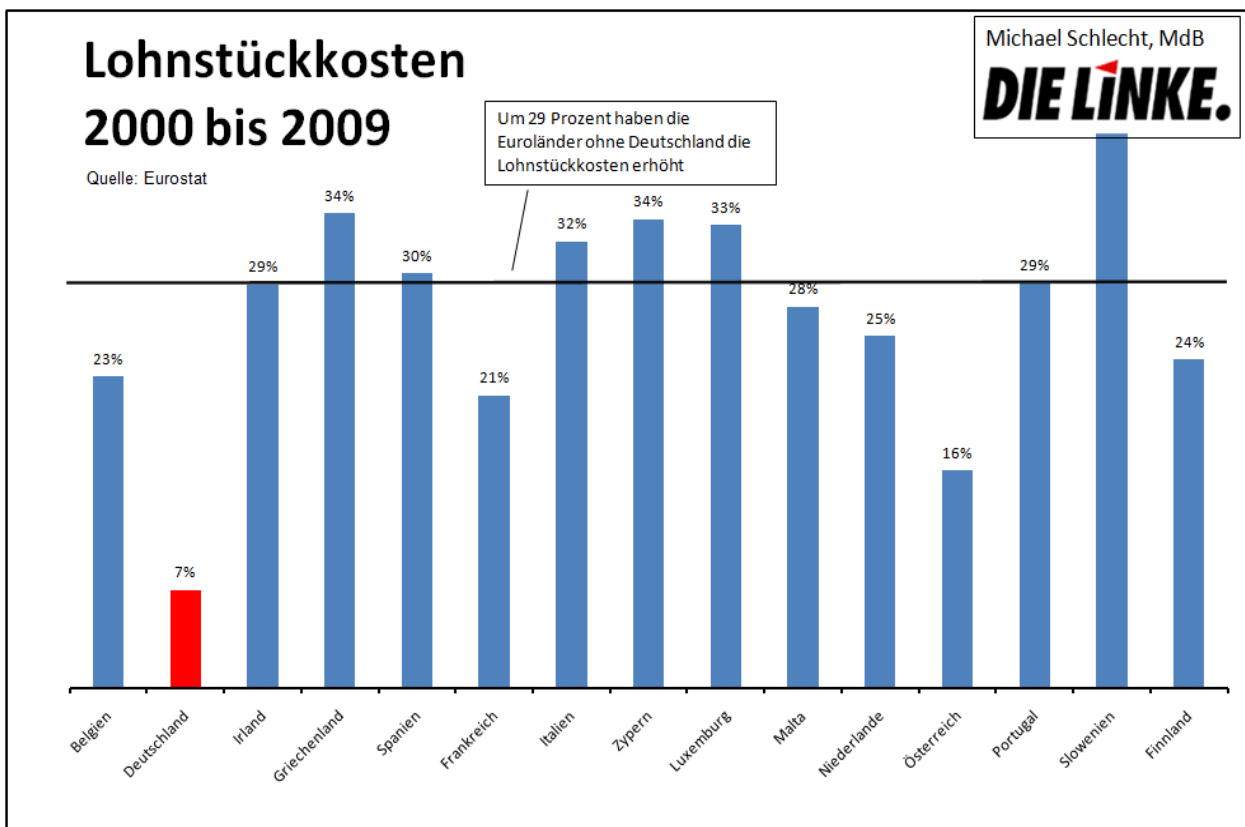
Prozent, Frankreich um 1,5 Prozent, Deutschland aber nur um 0,8 Prozent.

Diese Entwicklung wird mit den Sparpaketen verschärft: Wenn die öffentlichen Ausgaben und Investitionen in Deutschland sinken, werden die Menschen weniger Geld in der Tasche haben und Unternehmen weniger verkaufen. Da wir ständig mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland verkaufen als umgekehrt, muss sich das Ausland bei uns verschulden.

**Obama kritisiert deutsches Sparpaket**

Die Ungleichgewichte im Handel müssen reduziert werden um neue Schuldenkrisen und einen Absturz der Wirtschaft zu verhindern. Die Bundesregierung wird daher für ihr Sparpaket und die einseitige Exportorientierung in Verbindung mit einer viel zu schwachen Binnenachfrage zu Recht international kritisiert. US-Präsident Barack Obama fordert von Deutschland ein weiteres Konjunkturprogramm. Er ermahnte den Vize-Exportweltmeister Deutschland auf dem G-20-Gipfel in Toronto, nicht in die Krise zu sparen.

Exportweltmeister China hat auf die internationale Kritik reagiert und angekündigt, eine kontrollierte Aufwertung seiner Währung einzulei-





ten. Zudem hat China mit seinen massiven Konjunkturprogrammen über 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bereits eine große Verantwortung übernommen. Nur Deutschland mauert wieder. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman warnt die Bundesregierung: Steuert Bundeskanzlerin Merkel nicht um, könnten die USA Handelssanktionen erwägen.

### **Wirtschaft stützen statt in die Krise sparen**

DIE LINKE fordert ein Zukunftsprogramm von 125 Milliarden Euro jährlich sowie den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro. Das wäre ein kräftiger und dauerhafter Impuls für die Konjunktur und daher noch besser als ein kurzfristiges Konjunkturprogramm. Der Rückstand Deutschlands bei den öffentlichen Investitionen würde beseitigt.

Das Zukunftsprogramm soll 50 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen in Bildung, Verkehr und Energiewende umfassen. Weitere 50 Milliarden Euro sollen Jobs im öffentlichen Sektor, insbesondere in der Bildung und Kinderbetreuung, schaffen. Für einen Zukunftsfonds zur Finanzierung des sozial-ökologischen Strukturwandels der Industrie bzw. öffentlicher Beteiligungen sind 25 Milliarden Euro vorgesehen. Insgesamt entstünden im öffentlichen Sektor wie in der privaten Wirtschaft zwei Millionen neue Jobs. Hinzu kommen 500.000 Arbeitsplätze im öffentlich geförderten Bereich.

Das wäre ein kräftiger Schub für die Binnenwirtschaft. Das Zukunftsprogramm finanziert sich über höhere Steuereinnahmen und die Entlastung der Sozialversicherung durch geringere Arbeitslosigkeit zu mindestens 50 Prozent selbst.

Die Kommunen und damit der Lebensmittelpunkt der Menschen würden vom Zukunftsprogramm besonders profitieren. Denn zwei Drittel der öffentlichen Investitionen laufen über die Kommunen. Dort ist die Situation besonders dramatisch. Sie verfügen kaum über eigene Steuermittel. Die Steuerpolitik der Bundesregierung macht es ihnen zunehmend schwerer, ihre Infrastruktur zu pflegen. Die Gewerbesteuer-einnahmen der Kommunen sind im ersten Quartal 2010 um 20 Prozent gegenüber dem

Vorjahreszeitraum eingebrochen. Bibliotheken, Schwimmbäder und Theater werden geschlossen. Der Deutsche Städtetag befürchtet für 2010 ein Defizit von 15 Milliarden Euro.

Mit dem steuerpolitischen Konzept der LINKEN ließen sich 160 Milliarden Euro im Jahr mehr einnehmen – bei deutlicher Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Zwei Forderungen aus dem Konzept sind in der Krise besonders aktuell: Millionäre und Finanzhaie zur Kasse.

### **Millionäre zur Kasse**

Eine wichtige Ursache der Finanzkrise ist die Enteignung der Bevölkerung, bei wachsenden Vermögen der Superreichen. Dies hat die Finanzmärkte aufgebläht, weil große Vermögen eine Anlage suchen. Allein in Deutschland sind in den letzten zehn Jahren mehr als eine Billion Euro zu den Reichen umverteilt worden. Mehr als eine halbe Billion aufgrund zu niedriger Einkommen der Beschäftigten und zunehmenden Lohndumpings, knapp eine halbe Billion aufgrund von Steuergeschenken.

*„Es war ein Fehler, 2008 die Vermögenssteuer abzuschaffen.“*

*Elena Salgado, spanische Finanz- und Wirtschaftsministerin (Handelsblatt, 26. Mai 2010)*

Millionen zahlen Steuern, Millionäre eher selten. Kaum ein Land erzielt bei den vermögensbezogenen Steuern so geringe Einnahmen wie Deutschland. Die Einnahmen aus den vermögensbezogenen Steuern betragen in Deutschland gerade einmal 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ist weniger als die Hälfte im Vergleich zu den industrialisierten OECD-Ländern.

*„Wir denken, dass (...) auch die herangezogen werden sollten, die in den letzten Jahren von Steuerreformen besonders profitiert haben.“*

*Frank Neubauer, Chef des Bundes der Steuerzahler*

Der Netto-Vermögensbestand, also abzüglich der Schulden, beläuft sich auf knapp acht Billionen Euro. Das Geldvermögen betrug Ende 2007 knapp fünf Billionen Euro.

DIE LINKE will Vermögen über eine Million Euro mit fünf Prozent besteuern. Diese Millionärsteuer brächte dem Staat jährliche Einnahmen von 80 Milliarden Euro. Da die Vermögensteuer eine Ländersteuer ist, führt sie unmittelbar zu einer Stärkung vor Ort. Insbesondere wenn die Mehreinnahmen an die Kommunen weitergeleitet werden.

### Finanzhaie besteuern

1991 hat die Regierung Kohl die Börsenumsatzsteuer ersatzlos gestrichen. In vielen anderen Ländern, zum Beispiel am Finanzplatz London, wird sie bis heute erhoben. Auch die Besteuerung von Währungsgeschäften durch die Tobin Tax wird immer wieder gefordert.

Auf alle Waren, die wir kaufen, müssen wir als Endverbraucher Mehrwertsteuer zahlen. Nur der Kauf und Verkauf von Aktien und anderen Finanzprodukten ist steuerfrei. Die Finanztransaktionssteuer fasst Börsenumsatzsteuer und Tobin-Tax zusammen und geht noch darüber hinaus. Sie soll auf alle Finanzgeschäfte, zum Beispiel mit Wertpapieren und Währungen oder Rohstoffen, erhoben werden.

Die Finanzmarkttransaktionssteuer ist wie eine Umsatzsteuer auf alle Finanzgeschäfte. Lang-

fristige Investitionen werden nicht beeinträchtigt, aber Spekulation wesentlich teurer. Denn die Steuer fällt bei jeder Transaktion erneut an. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat die möglichen Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer geschätzt. Je nach Steuersatz fielen allein in Deutschland Einnahmen zwischen zehn und 30 Milliarden Euro an. Der Rückgang bestimmter Finanzgeschäfte ist dabei bereits berücksichtigt.

DIE LINKE fordert eine Finanztransaktionssteuer von 0,01 Prozent auf nationaler und mindestens 0,05 Prozent auf europäischer Ebene.

### Sozialabbau und Krise stoppen!

Die steuerpolitischen Forderungen der LINKEN brächten 160 Milliarden Euro jährlich. Allein die Millionärs- und die Finanztransaktionssteuer würden 90 bis 120 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen.

Keine einzige Sozialkürzung wäre notwendig, kein einziger Job im öffentlichen Dienst müsste gestrichen werden. Im Gegenteil: Die Regierung hätte Geld, um in die Zukunft zu investieren und die Wirtschaft zu stabilisieren, etwa durch öffentliche Investitionen in bessere Schulen und Universitäten,

moderne und ökologische Verkehrssysteme und die Energiewende. Darüber hinaus wäre Geld vorhanden um die Neuverschuldung zurückzuführen.

Ob ein politischer Wechsel möglich wird, entscheidet sich vor allem in den Protesten und Demonstrationen im Herbst.

Auf der Straße entscheidet sich die Zukunft unseres Landes!

## 80 Mrd Euro Millionärsteuer

